



REPUBLIK ÖSTERREICH
Bezirksgericht Korneuburg

2100 Korneuburg, Landesgerichtsplatz 1
Tel. +43 (0)2262 799-0
Fax. +43 (0)2262 799-960

Bitte nachstehende Geschäftszahl
in allen Eingaben anführen:

16 Fam 55/15y -61

Das Bezirksgericht Korneuburg fasst durch den Vorsteher des Bezirksgerichtes HR Dr. Peter Huber in der Rechtssache der **Antragstellerin: Carola Rabl**, Angestellte, 2011 Sierndorf, Unterparschenbrunn 6, vertreten durch Mag. Gabriele [REDACTED], Rechtsanwältin in 1010 Wien, wider den **Antragsgegner: Dipl. Ing. Heinrich Schuller**, selbständig, wohnhaft in 1070 Wien, Siebensterngasse 19/7, vertreten durch Mag. Thomas [REDACTED], Rechtsanwalt in 1130 Wien, **wegen: Aufteilung des ehelichen Gebrauchsvermögens und der Ersparnisse** (Streitwert: EUR 300.000,--) nach durchgeführter öffentlicher Verhandlung den

B e s c h l u s s

I.) Haupt- und Eventualbegehren der Antragstellerin (zuletzt ON 56) werden abgewiesen insofern und insoweit sie mit Punkt II.) des Spruches in Widerspruch stehen.

II.) 1.) Der Hälfteanteil der Antragstellerin Carola Rabl, geboren [REDACTED], an der Liegenschaft EZ 218 der KG 11127 Unterparschenbrunn wird an den Antragsgegner Dipl. Ing. Heinrich Schuller, geboren [REDACTED], übertragen, sodass der Antragsgegner unter Zusammenziehung der Anteile Alleineigentümer dieser Liegenschaft wird.

2.) Der Antragsgegner ist verpflichtet, die bestehenden gemeinsamen Darlehen bei der BAWAG PSK mit den

- 24 -
DAS AUFTRETEN DES ZT IST FASSADÉ: DIE KINDER WOLLTEN
ZU MIR - NICHT GRUNDLOS!

ORDINÄRE
BESCHIMPFUNG:
2013 ca.
5x A...
zu einem der
Kinder nach
absolut
asozialen
Verhalten.
gezeigte
ohrfeigen -
besprochen
mit dem
Therapeuten
z.B. zum Schutz
(Futternapf Hund)
weil Worte nicht
reichten!

leute und zerrüttete die Ehe unheilbar. Der Antragsgegner wollte einen antiautoritären Erziehungsstil pflegen, die Antragstellerin hingegen einen rigiden. Die Antragstellerin war mit der Erziehung der Kinder genauso überfordert, sie beschimpfte sie teilweise ordinär und ohrfeigte sie (hg. 16C 17/15i), während der Antragsgegner mit seiner gesamten Belastung überfordert war. Der Antragsgegner konnte daher auch deshalb die Sanierungsschritte nicht mehr zügig weiterführen.

Der Antragsgegner bediente nicht nur die Tilgungs-
träger, sondern kam auch für die Betriebskosten sowie
auch Kosten der privaten Krankenversicherungen der Ehe-
leute auf. Die Antragstellerin bediente das Zinsenver-
rechnungskonto. Einkäufe des täglichen Lebens bezahlte
derjenige, der die Einkäufe tätigte. Das war überwiegend
die Antragstellerin.

Beide Eheleute bemühten sich nach Kräften einander
bei der Haushaltsführung, der Pflege und Erziehung der
Kinder, sowie durch berufliche Leistungen und finanzielle
Beiträge zu unterstützen. Es ist nicht feststellbar, dass
der Antragsgegner Geld aus seiner beruflichen Tätigkeit
entnahm und anderweitig verbrauchte. Trotz intensivem
Bemühen war er nicht im Stande, als Ehepartner größeren
Einsatz und höhere Beiträge zu leisten. Die Antragstelle-
rin war ihrerseits durch eine chronische Erkrankung
gezeichnet. Sie litt zudem an Migräneattacken.

Zum Bewertungsstichtag 16.06.2016 hatte die Liegen-
schaft einen Verkehrswert von EUR 134.000,--, zum Zeit-
punkt der Auflösung der ehelichen Lebensgemeinschaft im
Oktober 2013 einen Verkehrswert von EUR 118.000,--. Der
Wertzuwachs nach Auflösen der ehelichen Lebensgemein-
schaft resultiert aus den von der Antragstellerin danach
erbrachten wesentlichen (s.u.) Aufwendungen, denen der

ZT: KEINE
ERZIEHUNG

ICH: KONSU-
QUENT, IN
ABSPRACHE
MIT DEN
THERAPEUTEN

⊕ 20-30h
in der Woche
tätig. Haushalt
zu 99% mein
Job. Kinder
überwiegend
mein Revier,
Also würde
Auszahlung
für: FAULTHEIT

BLANKER
LÜGEN

GENTGEGEN
DER EINGABEN
IST KAUM MEHR
MÖGLICH

HERPES
GENITALIS -
ALSO WANN
HABEN SIE
JENALS MEINEN
GENITALBEREICH
GESCHEN SIE
LÖBNER!

Antragsgegner nicht zustimmte, allen voran der notwendig
gewesenen Dacherneuerung über dem Hoftrakt, obgleich dort
die Ausführung eines Flachdaches geplant gewesen wäre
(s.o.). Die Dacherneuerung ließ die Antragstellerin nach
Auflösung der ehelichen Lebensgemeinschaft von einem
Unternehmen - der Firma ADO - ausführen. Im Gegensatz zum
Anbot ließ die Antragstellerin - offenbar aus Kostengrün-
den - keinen Stahlbetonsturz bzw auch keine Rostausbil-
dung und Dachisolierung herstellen, sondern nur eine
Unterspannung. Ferner ließ sie ca 1,5 Lichtkamine samt
Blechverkleidung und ein kleines Fassadenstück (Holzrost
samt Dämmung und Winddichtung) ausbilden. Hinter dem
Quertrakt ließ die Antragstellerin die Einfriedungsmauer
auf einer Länge von etwa 9 m abtragen und darauf eine
Holzbretterwand errichten, weil sie befürchtete, dass die
Mauer umfallen werde. Dafür wendete sie ca. EUR 500,-
auf. Sie verwendete Thermofilmmaterial der Firma Fetter
als Wärmedämmschüttung im Bereich der Lüftungsrohre.
Schutt, Bodenaushub mit Bauschutt im Ausmaß von ca 30 m³
mussten von der Firma Weinlinger abtransportiert werden.
Die Antragstellerin kaufte für die Drainagierung und den
Rigoleinbau Kies ein. Zwecks teilweiser Neuausbildung der
Hauselektrik bzw. von Elektroinstallationen schaffte die
Antragstellerin diverses Elektromaterial an, um die Haus-
elektrik zu sanieren. Diese kostete sie etwa EUR 1.200,-.
Bei der Firma Fetter kaufte sie Verputze, Estrich, Sturz-
elemente etc für den Ausgleich der teilweise abgebroche-
nen, westseitigen Einfriedungsmauer, den Ausgleich des
Mauerwerks vor der Dacherneuerung und die hofseitigen
Nischenausbildungen beim Straßentrakt. Sie ersetzte zwei
schadhaft gewordene Ventilatoren der Lüftungsanlage, ließ
eine neue Anode einbauen und durch ein Unternehmen im
Dachboden diverse Lüftungsrohre verlegen und einige Aus-

ALS OB ES
WESSENTLICH
IST OB EIN
FLACHDACH.
DICHT WAR
DIE ANFORDERUNG

AKKUT DAS ANBOT
DES ÖST.
ANBIETERS HÄTTE
DAS KACTDACH
NICHT ANDERS
AUSGEFÜHRT.

blasventile und dergleichen anordnen. Dafür wendete sie ca. EUR 1.500,- aus eigenen Mitteln auf, über ein Sponsoring erhielt sie einen Zuschuss von EUR 4.000,-. Ein Spenglereiunternehmen leistete Nachbesserungen für teilweise mangelhafte Ausführungen der Leistungen der Firma ADO.

Die Antragstellerin kaufte zudem diverses Material für die Ausbildung einer Regenwasserkanalisation an. Des weiteren führte die Firma Arnauer Instandsetzungsarbeiten an drei Außentüren durch. Schließlich veranlasste die Antragstellerin die Ausbildung von Mauernischen an dem hofseitigen Straßentrakt. Diese und diverse zusätzliche kleinere Leistungen erforderten einen Geldaufwand von über EUR 36.000,-, und zusätzlich nicht mehr genau feststellbare Kosten für diverse Helfer. Ferner erbrachte die Antragstellerin Eigenleistungen in auch nicht mehr exakt feststellbarem Umfang. Die Erneuerung des Daches war notwendig, entsprach aber nicht dem ursprünglichen Sanierungsplan, zumal ein Flachdach vorgesehen war. Die Dacharbeiten wurden aber in verschiedenen Bereichen mangelhaft ausgeführt, der anstelle der Einfriedungsmauer aufgestellte Holzzaun ist auch mangelhaft. Es ist außerdem nicht zweckmäßig im Bereiche eines Fundaments, das mit statischen Problemen behaftet ist, aufzugraben und dort, so wie dies die Antragstellerin veranlasst hatte, eine Verrohrung (für eine Regenwasserkanalisation) zu verlegen. Abdichtungsmaßnahmen wurden unsachgemäß ausgeführt, weil das bloße Verlegen einer Noppenbahn nicht taugt (SV AS 15 in ON 51).

Die von der Antragstellerin erbrachten Leistungen und Aktivitäten führten im maßgeblichen Zeitraum nur zu einer Wertsteigerung der Liegenschaft um EUR 16.000,-:

Es ist regelmäßig so, dass bei Investitionen in ins-

AUFSTELLUNG
DETAILLIERT
IN AKT-MAN
MUSS NUR
LESEN WOLLEN

EINE MAUER
DROHT ZU
KIPPEN -
MENSCHEN
ZU GEFÄHRDEN.
DAS STELLT DR.
HUBER LOCKER
EN SCHRAUBEN
GEGENÜBER,
GEHEN SIE
BITTE BALD
IN PENSION!

dies anders,
aber den
hat Dr. Huber
verhindert.

MEINE INVEST wird bewertet die angeblichen € 60.000 - nicht?
Wie weit ist es her mit der Gleichbehandlung vor den Gerichten?

SCHWACHSINNIG
GESCHWENDE
GEFAHR
IN VERZUG

ZT, Mitteilungen
fürmer hätte
Verbinden
Können.
Er drohte
schaff lassen
mit EVs.

WIESO
HABEN WIR
DEN STATISCHE
PROBLEME?

UM DIE
FRAGE PRÜCKT
SICH DER GA.

UND ICH WAR
BIS AUF EINE
KLING STUFG
WEIT GEND
ENTFERN!

ha, ha, 1

€ 55.800,-
von mir
entwertet
sich binnen
2 1/2 Jahren
um 2/3!

besondere alte Bausubstanzen der gesamte Investitionsaufwand nicht zu einer Wertsteigerung in diesem Ausmaß führt. So erklärt sich, dass die sowohl vom Antragsgegner als auch von der Antragstellerin erbrachten Aufwendungen nur in einem bescheidenen[?] Umfang zur Wertsteigerung der Liegenschaft führten.

Der Antragsgegner verfügt(e) über folgende Ersparnisse:

1. Er hielt ehemals Anteile am AMIS-Fonds als weiteren Tilgungsträger für die Besicherung des gemeinsamen BAWAG-Kredits. Die AMIS-Fonds-Gesellschaft verfiel aber dem Konkurs. Dadurch verlor der Antragsgegner die eingezahlten Prämien und erhielt lange vor Auflösung der ehelichen Lebensgemeinschaft nur nach einem Rechtsstreit einen äußerst geringfügigen Teil der bezahlten Prämien zurück. Die Anlage war ein erhebliches Verlustgeschäft für ihn.

2. Der Antragsgegner schloss bei der UNIQA Versicherung zur Polizze Nr. [REDACTED] 901 eine Lebensversicherung ab, die zugunsten des BAWAG Kredites vinkuliert ist und der Absicherung des Kredites dient (siehe oben). Die Lebensversicherung hat eine Laufzeit bis 01.07.2032. Die monatliche Prämie betrug/beträgt EUR 121,--. Diese Lebensversicherung unterliegt einvernehmlich nicht der Aufteilung.

3. Der Antragsgegner schloss ebenfalls bei der UNIQA Versicherung zu Polizze Nr. [REDACTED] 544 im Jahr 2012 eine Ablebensversicherung ab. Auch diese Versicherung ist zugunsten des BAWAG Kredites vinkuliert und unterliegt einvernehmlich nicht der Aufteilung.

4. Der Antragsgegner schloss bei der ERGO Versicherung zu Nr. [REDACTED] 088 eine Pensionsvorsorge ab. Seit dem Jahr 2007 zahlte der Antragsgegner hierfür monatlich

ha, ha, 2

€ 70.000,-
d. € 100.000,-
lt. ZT 2 w.
2002-2013
führen zu NULL
Wertsteigerung.
SCHAU ICH
WIRKLICH
SO BLÖD
AUS HERR
DI. SCHAUKO!

SCHWACHSINN

NICHT ER VER-
LOR, DIE
EHEGEMEIN-
SCHAFT VER-
LOR!

VERLUST:
€ 3.000,-
sehr erheblich

= Tilgungs-
träger vom
FW-Kredit
Kreditvertrag
entspricht nicht
der Realität

Risikoversicherung

Eh, klar,
sehr praktisch

WIE OFT
WILL DIESER
RICHTER
DEN ZT
NOCH
BETAUERN?

EUR 103,-- ein. Die Pensionsvorsorge des Antragsgegners hat einvernehmlich nicht der Aufteilung zu unterliegen.

5. Der Antragsgegner schloss ebenfalls bei der ERGO Versicherung zur Nr. [REDACTED] 3650 Active Capital mit 01.^{12.}03.2010 eine indexgebundene Lebensversicherung ab. Die im Erlebensfall fix auszuzahlende Summe beträgt EUR 9.240,--. Den Versicherungsbeitrag legte der Antragsgegner im Jahr 2010 als Einmalerlag aus seinem vorehelich angelegten Aktiendepot ESBA Bond Danubia, Konto 811-58947, das er im Jahr 1988 erworben hatte, an. Diese Vermögenswerte dienen der Besicherung des Überziehungsrahmens des Firmenkontos des Antragsgegners. Sie wurden in die Ehe eingebracht.

BETRUG

11
LÜGE
KONTO AUSZUG
BELEGEN DASS
DAS DEPOTS UNTER
BEHAUPTUNG
NICHT BELEG

6. Der Antragsgegner hatte im Jahr 1989 das Wertpapierdepot Nr. 521093369 PIA Select Europe Stock angelegt, aber nicht erweitert, sondern ab dem 1.12.2001 prämienfrei gestellt. Auch dabei handelt es sich um ein vorehelich angelegtes Wertpapierdepot.

PROZESS-
BETRUG:

IST IM
AKT
BELEG
MIT KONTO AUSZUG

LÜGE
KONTO AUSZUG
BELEGEN ZUM F

7. Der Antragsgegner verfügte bis in die Ehe hinein über einen vorehelichen Bausparvertrag und einen in der Ehe abgeschlossenen Bausparvertrag. Sämtliche Mittel daraus investierte er in die eheliche Liegenschaft (AGG a.a.O.). Einen weiteren, in der Ehe im Jahr 2010 abgeschlossenen Bausparvertrag besparte er mangels finanzieller Mittel nicht.

2010 war eines der wenigen wirtschaftlichen starken Jahre des BT - sehr unglaubwürdig

LÜGE
Belegt, musste
65% für die
Firma ATOSI
Konto abschließung
Verwendung
finden

Zum Zeitpunkt Oktober 2013 verfügte er über keine Guthaben aus Bausparverträgen (AGG AS 103 in ON 59).

8. Der Antragsgegner hatte in der Ehe zwecks Vermarktung eines Hauskonzeptes eine GnbR gegründet, die aber im Sommer 2014 beendet und das Konto aufgelöst wurde. Den daraus ausbezahlten Betrag musste der Antragsgegner zu beruflichen Zwecken verwenden. Ein aus diesem Konzept stammendes „Ausstellungshaus“ aus Holz der GnbR verblieb

LÜGE:
Betrag ging
als Eingang
auf dem
Privatkonto
ein

ihm. Weder konnte der Antragsgegner das Konzept vermarkten noch hat das Ausstellungshaus irgendeinen Wert. Das Ausstellungshaus ist eine „rondoförmige“ kleine, teilweise verglaste, Gartenlaube. Es steht auf einem Ausstellungsgelände und ist unverkäuflich (AGG AS Anhang g (Rondo)).

UNWAHR
FÖRDERUNG V.
€ 15.000
(2008)
DER PAVILLON
WURDE BISHER
NICHT ZUM
KAUF ANGEBOTEN

9. Der Antragsgegner verfügte per Oktober 2013 über zwei Bankkonten bei der Bank Austria, die auf seinen Namen lauten. Das Konto mit der Nummer [REDACTED] 596 ist sein Firmen- und Geschäftskonto, das Konto mit der Nummer [REDACTED] 512 ist sein Privatkonto. Zum Zeitpunkt der Trennung der Eheleute im Oktober 2013 wies das Privatkonto einen Minussaldo von ca EUR 6.800,-- auf, wobei der Minussaldo unter anderem auf diverse Internetaktivitäten in Partnerbörsen zurückzuführen ist. Der Antragsgegner ist aufgrund der Trennung und des Scheiterns der Ehe sowie seiner schweren Erkrankung in eine finanzielle Notlage geraten.

10. Der Antragsgegner verfügte über eine voreheliche Lebensversicherung ERGO [REDACTED] 455-j. Im Jahr 2014 zahlte diese an ihn einen Betrag von EUR 10.939,36 aus (AGG AS 102f.).

Es ist nicht
bekannt, dass
diese nicht
in der Ehe
bespart wurde.
Der Gesamtbetrag
bei Zwischenstand
€ 7.213,- (1.1.09)
und ruht mit
12102 lässt
darauf schließen

Auch bis zur Trennung und über die Scheidung der Ehe hinaus kam der Antragsgegner bis Juni 2014 für die gesamten laufenden Betriebskosten auf, von 2013 bis Juni 2014 leistete er darauf einen Betrag von EUR 2.637,--.

Die Antragsstellerin verfügt über folgende Vermögenswerte:

1. Die Antragstellerin schloss am 1.1.1990 bei der Wüstenrot eine Lebensversicherung zur Nr. [REDACTED] 223-0 ab. Der daraus resultierende Vermögenszugewinn während aufrechter Lebensgemeinschaft beträgt EUR 7.199,--.

PRIVATE
PENSIONS-
VORSORGE
= LÄSST DEN
RICHTIG, ZT
KALT, WEIL
NUR OPTION
AUF PENSION
IM VERTRAG

2. Die Antragstellerin hat des weiteren bei der UNIQA

LÜGE &
ÜBER-
VORTEILUNG
& WIDER
EINER
VEREINBARUNG

SCHÖN, DAS
KEINER
MEINER
RECHTS-
VERTRETER
AUF DIESEN
FORM-FÄHIGKEIT
HINWIESEN
HIER GÄHRT DIE

INTENTION SELBSTVERSTÄNDLICH NICHT, WIE DER ZT SIE BEIM TILGUNGSTRÄGER GANZ UNTER SIEHT, SCHÖN, SO ÜBER DEN TISCH GEZOGEN ZU WERDEN.

Partner Lebensversicherung zur Nr. [REDACTED] 357 über den aufteilungsrelevanten Zeitraum einen Vermögenswert (von ca. EUR 1.500,-) erwirtschaftet. Dieser Vermögenswert hat einvernehmlich nicht der Aufteilung zu unterliegen.

WIE NETT,
für die
Peanuts:
NUR = EIN
TILGUNGS-
TRÄGER.
IST NICHT
RAUSLÖSBAR!
DER BESCHLUSS
IST NICHT DAS
PAPIER
WERT!

SCHÖN, WÄR'S

3. Im Rahmen eines weiteren bei der UNIQA abgeschlossenen Lebensversicherungsvertrages zur Nr. [REDACTED] 507-6 hat sie in aufrechter Lebensgemeinschaft einen Vermögenswert von EUR 11.217,- erwirtschaftet. Diese Pensionsvorsorge der Antragstellerin hat nicht der Aufteilung zu unterliegen.

GEGHÖRT
'DER RAIKA-
WEGEN
GEFAHR IN
VERZUG:
DACHSANIERUNG

WIE GNÄDIG = IST ABER PFAND FÜR DIE DACHSANIERUNG,
WEGEN GEFAHR IN VERZUG. DAHER MIT PROZESSVERLUST - INSGESAMTE 20

4. Die Lebensversicherung der Antragstellerin bei der UNIQUA Nr. [REDACTED] 33 bzw. [REDACTED] 355 ist einvernehmlich nicht aufzuteilen.

100% VERLOREN

Interessiert die Bank aber nicht, den Rat!

Die Antragstellerin ist nicht in der Lage, die Liegenschaft in ihr Eigentum zu übernehmen, die darauf haftenden Verbindlichkeiten zu bezahlen und die Liegenschaft zu sanieren (AST AS 84f in ON 59). Sie hat sich nach Auflösung der ehelichen Lebensgemeinschaft weiter verschuldet und einen Kredit bei der Raika Sierndorf über ca. EUR 36.000,- aufgenommen. Alle ihre obigen Vermögenswerte sind zur Besicherung dieses nachehelichen Kredites vinkuliert.

IST EINCE
REINE RISIKO-
VERSICHERUNG
UND NICHT
RAUSLÖSBAR
AUS DEM FW-
KREDIT.

PERVERS
HOCK 5:

VERSCHULDET
FÜR DAS
HAUS! WEIL
ZT KAPUTT-
SANIERT,
MANN SEIT
IHR EINE
ERBÄRMUNGS
BANDE!

Der Antragsgegner, der über eine kleine Eigentumswohnung verfügt, wäre im Stande, Liegenschaft und Schulden zu übernehmen.

WODURCH IST DIESE AUSSAGE BELEGTE
- BISHER BEHAUPTET ZT KEINE FINANZMITTEL

Die getroffenen Feststellungen gründen auf folgende

Beweiswürdigung:

jetzt stemmt er lächerliche € 275.000,- in den
nächsten 5 Jahren?

Die Antragstellerin begehrte kurz gefasst, dass ihr das eheliche Wohnhaus zugesprochen werde und im Gegenzug der Antragsgegner alle Schulden in Höhe von EUR 180.000,- zu übernehmen habe. Das entspreche - ihrer Ansicht - der Billigkeit. Sie begründete dies anfänglich damit, dass die eheliche Liegenschaft in Wahrheit auch

Der ZT auch
nicht:

offener

FW-Kredit

€ 180.000,-

- 55.000,-

125.000,-

+ 150.000,- Sanierung

275.000,-

Bisher konnte er

in 11 Jahren

gerade ~70.000,-

aufbringen!

DER „Kleine“
TISCHLER-
PRAKTIKER
HAT MEHR
SACHVER-
STAND
ALS DR.
HUBER
LIEB IST.
DESHALB
DIE BEWAHR-
TE STRATEGIE:
WER DER
WAHRHEIT
ZU NAHE
KOMMT
WIRD
LÄCHERLICH
GEMACHT.

Das Privat-
gutachten
nur Urkunden
sind teilte
mir Dr. Huber
am 25.10.16
mit. Nach-
dem die
Gutachten
wegen der
Mangelhaftig-
keit des
Gerichtlichen
Gutachtens
eingebracht
waren!
Die Damen
arbeiteten
an der
LGB Zusammen-
fassung.
Für die
Schadens-
bewertung
war ein
Bausach-
verständiger
notwendig.

einen negativen Wert aufweise. Im Zuge des Scheidungsverfahrens beauftragte sie einen Sachverständigen, der ihr ganz offenbar wunschgemäß mittels Privatgutachten bestätigte, dass die eheliche Liegenschaft per Oktober 2014 einen Minuswert(!) von EUR 142.952,87 hatte. Das ist blanker Unsinn, wie nun hoffentlich auch die Antragstellerin weiß. Bedauerlicherweise zahlte sie an den Privatgutachter ein Honorar von EUR 3.000,-- m.o.w. Im Zuge des Aufteilungsverfahrens und in Kenntnis davon, dass Privatgutachten nur den Stellenwert von Privaturkunden haben, bestellte sie gleich drei außergerichtliche Privatgutachter (Dr. Funk, Elisabeth Bauer-Hochleitner und Ing. Kortus), weil sie die Bewertung und Beurteilung des gerichtlich bestellten Sachverständigen Dipl. Ing. Schalko nicht akzeptierte. Gegen die Ausführungen des gerichtserfahrenen Sachverständigen Dipl. Ing. Schalko bestehen keine Bedenken. Der Sachverständige ist seit vielen Jahren als Sachverständiger in der Region tätig und hat hier bereits hunderte Bewertungen vorgenommen. Bei lebensnaher Betrachtung können keine Bedenken gegen die von ihm ermittelten Bewertungen der Liegenschaft per Oktober 2013 und zum Aufteilungszeitpunkt gefunden werden. Wie der Sachverständige in der Tagsatzung treffend ergänzte, hat er einen ähnlichen Bauwert ermittelt, wie die außergerichtlichen Gutachter, deren Grundbewertung ist aber, verglichen mit Vergleichsobjekten, die der Sachverständige anführte, tatsächlich überhaupt nicht nachvollziehbar. Schlichtweg falsch ist es, nun vom ermittelten Verkehrswert irgendeine Sanierungs- und Reparaturkosten zusätzlich als wertmindernd abzuziehen, wie dies die Antragstellerin wünscht. Es sollte doch wohl jedem vernünftigen Beteiligten einleuchten, dass die eheliche Liegenschaft alleine schon aufgrund ihrer Lage, Anschlüsse

DER GUTACHTER
ERRECHNET
EINEN
THEORETISCHEN
WERT.
KAUFPREIS
+ INVEST
- SCHÄDEN
= 142.952,87
ER SPRICHT
VON KEINEM
VERKEHRSWERT.
DAS MINUS
GIBT SICH
NICHT ZUFALLIG
ZU ERKENNEN
INVEST belegt
+ INVEST unbelegt
+ Gebäudewert
€ 153.000,-

Ich habe 30
Vergleichen.
Fast ausschließlich
die von DI Schalko
sind so mangel-
haft - seit Beginn
seiner Tätigkeit
2012!
€ 123.000,-
Invest-Wert vor
Cost - aber
keine Folge-
schäden, Planungs-
fehler, TÄSCHER

KEINE REDU-
DAVON IN
GUTACHTEN:
NÄCHSTEN-
STUNDE DR.
HUBER

* Er zählen
Sie das einem
Käufer, Herr Ref!

* SIE HABEN
DEN BAU-
SACHVÉR-
STÄNDIGEN
VERHINDERT.
Unterspielungen,
Selbungen...

Mit dem Ehering
habe ich jedoch
nicht das Recht
der "Guten Sitten"
verloren!

Stand der
Technik =
weder TOP-
ZUSTAND,
noch hatte
ich vor
die € 250.000,-
bar zu zahlen.
Sondern eben
vielen über
Eigenschaft.
Der Gutachter
muss seine
Schlussbe-
wertung jedoch
beurteilen.

* SIESIND
EIN LÜGNER
RICHTER
DR. PETER
HUBER.

Fr. Prof. Funk
eilt ihr Ruf
voraus. Ihre
Arbeit als falsche
zu bezeichnen
klassifiziert
SIE zum Betrüger!

und der Nachfrage auf dem Immobilienmarkt einen hohen Wert hat. * Einigkeit besteht wohl auch, dass das eheliche Wohnhaus nicht abbruchreif ist.

Die Antragstellerin will einfach nicht wahrhaben, dass sie mit dem Antragsgegner, der zwar Architekt ist, nicht einen Werkvertrag, sondern einen Ehevertrag abgeschlossen hatte. Das weitere Privatgutachten des Ing. Kortus verfehlt das im Aufteilungsverfahren wesentliche Beweisthema völlig. Bedauerlich ist auch in diesem Zusammenhang, dass die Antragstellerin für die Gutachten wohl einige tausend Euro ausgelegt hat. Niemand wird, wie der Sachverständige Dipl. Ing. Schalke nachvollziehbar erläuterte, in das Haus - um dieses in einen Top-Zustand zu bringen - etwa EUR 250.000,-- oder noch mehr investieren. Gerade alte Häuser (im Weinviertel) sind, wie die Gerichtserfahrung, aber auch die allgemeine Lebenserfahrung zeigen, begehrte Bastlerobjekte, ganz besonders für den Heimwerker. * Die in den Privaturkunden der Sachverständigen angestellten Überlegungen und Schlussfolgerungen sind größtenteils ohne Weiteres erkennbar falsch und damit für das Aufteilungsverfahren ohne Beweiswert. Der ergänzenden Befragung der außergerichtlichen Sachverständigen und des gerichtlichen Sachverständigen als "Sachverständige-Zeugen", gewissermaßen zur Gegenüberstellung, wie der Antragsgegnerin vorschwebt, bedurfte es daher nicht. Aber auch die Einvernahme der weiteren Zeugen Arnauer, Esberger und Neubauer zum angeführten Beweisthema (AS 25 in Band II) war nicht erforderlich, weil die Frage, welche der erbrachten Investitionen notwendig und wertsteigernd waren bzw. welche nur oberflächlich waren, der gutachterlichen Beurteilung des Sachverständigen zu unterliegen hat.. Auch diese Bewertung begründete der Sachverständige Dipl. Ing. Schalke plausibel und

Im Umkehr-
schluss: Ich bin
zu blöd zu
verstehen, das
die Liegenschaft
Grundwert &
Anschaffungs-
wert hat. Habe ich
nie bestritten.
Aber mehr auch
nicht.

Das Gutachten
behandelt
genau die
Fragen, die
SIE stellen,
Herr Richter.
Aber Dr. Schalko
fehlte das
Zertifikat
dafür.
Deshalb die
ganze Ver-
fälschung.
Männer, ohne
Größe, gleich
3 davon -
nicht in der
Lage falsch
gehandelt
zu haben.
Da geht man
lieber gemeinsam
auf Frau und
unschuldige
Kinder los.

VON HAUS-
TECHNIK HAT
DER LGIB
KEIN ZERTIFIKAT.
DIE INVESTITION
KANN ER DAFÜR
NICHT BEURTEILEN

WIEDERHOLUNG
DES ARGUMENTS
KEIN GELD -
ALS PERSÖNLICHEN

abschließend. Einer Ergänzung, wie beantragt (AS 25 in Band II), bedurfte es schon gar nicht. Es bestehen nicht die geringsten Bedenken gegen seine Ausführungen, dass selbst laufende Investitionen über viele Jahre hindurch nur zu einer verhältnismäßig geringen Wertsteigerung, wie im gegenständlichen Fall sohin, führen können. Das hat der Sachverständige nachvollziehbar, auch unter Anführung von anschaulichen Beispielen, dargelegt. Auch wenn die Antragstellerin, was ihr durchaus geglaubt werden kann, ca EUR 36.000,-- nach Aufheben der ehelichen Lebensgemeinschaften in die Liegenschaft investierte, führten diese Investitionen nicht zu einer Wertsteigerung im selben Ausmaß, ganz abgesehen davon, dass auch ihre Leistungen genauso wie auch jene während der aufrechten Lebensgemeinschaft - wohlwollend bezeichnet - nicht dem „Stand der Technik“ entsprechend ausgeführt wurden. Dass die Antragstellerin für diverse Helfer und Eigenleistungen veranschlagte EUR 19.000,- (!)aufwendete, ist weder nachvollziehbar noch belegt. Glaubhaft ist bloß, dass sie offenbar unterstützt wurde und selbst Eigenleistungen in nicht mehr genau feststellbarem Umfang erbrachte. Rechtlich ist dies aber nicht entscheidungswesentlich. Die vom Sachverständigen beurteilte Wertsteigerung, die allein auf die Aktivitäten der Antragstellerin zurückzuführen ist, in Höhe von EUR 16.000,-- ist nachvollziehbar und rechtlich entscheidend. Wenig überrascht, dass die außergerichtlichen Sachverständigen offenbar diese Leistungen der Antragstellerin, also ihrer Auftraggeberin, 1:1 veranschlagten.

Sieht man die von den Eheleuten während aufrechter Lebensgemeinschaft erbrachten Investitionen und Sanierungsmaßnahmen in die Liegenschaft, also jene, die die Eheleute dem Sachverständigen bei der Befundaufnahme

Welche Wertsteigerung
€123.000,-
an Invest-
wertverlust!
Wenn wollen
Sie belügen.
Mithrasid
Selbst?

Die waren
nicht zu
bewerten,
wurden die
anderen in der
Ehe auch nicht!

Detailliert im
Akkt. angegeben.
Wenn man lesen
WILL.

A. . . .

Tut der
Bausachver-
ständige nicht.
Er wertet ab,
aber realistisch
nicht mit
max.
Schädigung.

* Horizontalisierung
- sehr individuell
Türen, Fenster
- sehr individuell
- Bad
- sehr individuell
ABER SICHER!

zeigten, dann überrascht den verständigen Betrachter auch nicht, dass alle diese, größtenteils für die Miteigentümer ^(*) individuell erbrachten Maßnahmen, nicht zu einer nachhaltigen Wertsteigerung führten. Es ist aber ebenso zu bedenken, dass der im Jahr 2002 bezahlte Kaufpreis nicht zwangsläufig den Verkehrswert repräsentierte. Auch der gerichtliche Sachverständige Dipl. Ing. Schalko meinte, dass der Kaufpreis wahrscheinlich eher "hochpreisig" war. In der Ehe bis zur Aufhebung der Lebensgemeinschaft investierten die Parteien nur noch ca. EUR 60.000,--. Nach kompletter Fremdfinanzierung hatten sie, wie der Antragsgegner glaubhaft ausführte, keine weiteren bedeutenden Mittel mehr zur Verfügung. Dass die Sanierung des Daches des Hoftraktes prioritär gewesen wäre, liegt auf der Hand und wird auch vom Sachverständigen Dipl. Ing. Schalko bestätigt. Die Eheleute hatten, wie der Antragsgegner ebenfalls glaubwürdig versicherte, die Abfolge der Sanierungsschritte gemeinsam beraten und entschieden. Dem widersprach zwar die Antragstellerin, doch sind ihre Angaben dazu nicht glaubwürdig. Der Antragsgegner hat ganz offensichtlich bereits die erforderliche Distanz zur gescheiterten Ehe gefunden, er ist lösungsorientiert und nicht im Geringsten an dem Streit interessiert. Die Antragstellerin hingegen lässt jedes Mindestmaß an Selbstreflexion vermissen. Bereits vor dem Scheidungsverfahren versuchte sie den Antragsgegner, den sie nach wie vor gegenüber Dritten beleidigt und herabwürdigt ^(*) ("Soziopath" etc.), ^(*) gewissermaßen zu erpressen. In einem E-Mail an das Jugendamt schrieb sie, dass der Antragsgegner ihr unverzüglich das Haus überschreiben müsse, Betriebskosten, Kreditzinsen etc. bis Laufende zahlen müsse und die Restschuld dann auch noch zu übernehmen habe, andernfalls sie ihn wegen dem behaupteten [REDACTED]

Das Gutachten aus 1999 aussteigt, das Invest. Heizung + Invest. Lüftung

Kaufpreis 2002 im üblichen Preisniveau - wieder Beweis-mittel nicht gewürdigt zu meinen Lusten

Klar der ZT entscheidet NICHT! ganz glaubhaft!

(*) Eine Feststellung des Therapeuten.
Die Verfahrensstufe veränderte zur!
meinen Antrag auf Begutachtung des ZT: Soziopath

(*) Ich wollte für die Kinder auch eine Stabilität nach dem Umzug schaffen, mich persönlich zu helfen aufzubauen. Vorwurf schaffen. Von dessen Richtigkeit ist mir heute ObW-zeugt bin.

① Bereits im Antrag bewiesen, mit Kontoauszügen, Sparsbuch...

vor Gericht zur Verantwortung ziehen werde.

Der Antragsgegner sei "notgeil" und "schwanzgesteuert".

Sie ^{*)}erwirkte gegen ihn ein Betretungsverbot, sie zeigte

ihn bei der ^{*)}Architektenkammer disziplinar an, behauptete,

dass seine ^{*)}Suizidabsichten erfunden seien, diskreditierte

ihn in Eingaben an Behörden, wandte sich an die Medien

(ATV Pfusch am Bau), ^{*)}erstellte selbst ein Persönlich-

keitsprofil von ihm, ließ eine Steuerberaterin seine Ein-

künfte beurteilen, nachdem sie in seinen ^{*)}PC eingedrungen

war und behauptete, dass er ^①Schwarzgeld habe. Die Antrag-

stellerin ist schlichtweg von blankem Hass getrieben.

Insofern die Aussagen der Parteien differieren, konnte

der Antragstellerin mangels jedweder Objektivität und

Distanz kein Glauben geschenkt werden. Die Aussagen des

Antragsgegners waren hingegen nachvollziehbar und glaub-

würdig. Auf seine Aussage stützt sich daher, dass die

vorehelichen Investitionen für Heizung/Lüftung/Umbau zu

EUR 10.000,- aus seinen Mitteln gezahlt wurden und und

von der Antragstellerin zu EUR 15.000,-, die sie in die

Ehe eingebracht hatte. Genauso konstruiert wie nachge-

soben erschien ihr Begehren, dass die Umbaukosten zu

ihren Gunsten aus der Aufteilungsmasse herauszurechnen

seien, weil sie diese - als Unternehmerin - in der Ehe

abschrieben hätte. Das geschah aber, wie der Antragsgeg-

ner glaubwürdig aussagte, aus "finanztaktischen" Erwägun-

gen. Keinesfalls konnte auf die Aussage der Antragstelle-

rin die gewünschte Feststellung gestützt werden, dass sie

diesen Aufwand "in die Ehe" eingebracht hätte. Die

Antragstellerin konnte dies gar nicht mit Sicherheit

aussagen. Ihre Antworten waren ausweichend und konstru-

iert (AST AS 75 in ON 59).

Abgesehen davon, dass die Frage der Finanzierung

offenkundig auch schon vor der Ehe entschieden wurde,

Falsch zitiert:

Verhalten hat-

o. "schwanz..."

Das Email hat

eine wesentlich

andere Aussage

als hier

xxx

SuizidANKÜNDI-

gung nicht absicht

Ja, weil beweisbar

nicht dort ge-

wesen, wo laut

Polizeiprotokoll

xxxx

Galt der

Sponsorgewinnung

was auch gelang.

ET wird nicht

genannt. Ich

trete mit meinem

Händchenamen

auf!

xxxxxx

Ich habe die

Logins als

Mitarbeiterin

erhalten. Bin

also in keinen

Computer ein-

gedrungen".

O Seit 2013!

verweigerte der

ET alle Finanz-

daten bis zum

23.1.2017!

IM RAHMEN
DER ANZEIGE!

*)

DA SIE DR.

HUBER SÄTTL.

BEWEISMITTEL

VON MIR NÜTZERIN

UND WIR ALLE

WISSEN: DIE

KAMMER WILL

KEINE MITGLIEDER

VERKLEIDEN. ER

HATTE MAX. EINE

GERINGE FINANZ.

STRATEGIE ERWARTEN.

ICH, WENN SIE

EIN NEUTRALER

RICHTER WÄREN,

HÄTTEN DAS

ERGEBNIS

ANFORDERN

KÖNNEN.

HABEN SIE?

NEIN, NATÜRLICH

NICHT!

ICH HATTE

NACHWEISBAR

MAKT

E 51.000,-

für die

640.000,-

zur Verfügung!

Der ET konnte

2002 seine

laufenden Kosten

nicht decken!

Ich war nur ehrlich, aber damit verliert
man im Gericht. Man muss lügen, behaupten, dass
man gewinnt man.

gründet die Feststellung, dass auch diese Frage, wie in einer (zumindest anfänglich) funktionierenden Beziehung im gemeinsamen Familienrat besprochen und entschieden wurde, auf die glaubwürdige Aussage des Antragsgegners.

Dass auch diese Entscheidung der im Übrigen keineswegs wehrlos wirkenden Antragstellerin aufgezwungen worden wäre oder sie dazu überredet worden wäre, ist völlig unglaubwürdig. Sie gestand aber letztlich zu, dass für diese Entscheidung nicht der Antragsgegner verantwortlich sei.

Er ist kein Finanzexperte warum meine Werte.

Die Abfolge der einzelnen, wenngleich in manchen Bereichen fehlerhaften und unvollständigen Sanierungsmaßnahmen, war - wie der Antragsgegner nachvollziehbar aus-

führte - von dem Vorhandensein finanzieller Mittel und dem Umstand abhängig, dass die Eheleute - bei kompletter Fremdfinanzierung! - im Haus wohnten und schließlich noch zwei Pflegekinder aufnahmen. Zu guter Letzt wurde die Antragstellerin im Jahr 2012 arbeitslos. Sie litt zudem an einer schweren chronischen Erkrankung (hg. 16C17/15i).

Es ist glaubwürdig und nachvollziehbar, dass die Eheleute nun völlig überfordert waren, hingegen konnte der Antragstellerin kein Glauben darin geschenkt werden, dass der

Antragsgegner nicht zumindest in gleichem Ausmaß wie sie Beiträge leistete oder dass er gar Geld abzweigte. Die

Feststellungen zu den Leistungen des Antragsgegners während aufrechter ehelicher Lebensgemeinschaft gründen

daher auf seine Angaben. Fast schon böseartig erschien die Aussage der Antragstellerin, dass der Antragsgegner nur

Toilettenpapier und Katzenfutter bezahlte. Feststellungen zu irgendwelchem, jetzt angeblich erforderlichen "Reparaturaufwand", waren aus rechtlichen Gründen nicht zu tref-

fen. Weder sind Gewährleistungsansprüche aus einer mangelnden Erfüllung des "Ehevertrages" rechtlich gedeckt,

*Aber der § der "Guten Sitten" gilt auch in der Ehe - auch für ein
Prozessverfahren. Niemand hat das Recht, den Partner
zu vernichten.*

*Der ZT war
in die Kredit-
vertragsent-
stehung durch
seinen Freund,
seinen Vorgänger
mehr oder weniger
involviert. Er
war sicher
bedarflos!*

*Eine Aussage
die bereits im
Verfahren wieder-
legt wurde!*

*ICH WAR
NICHT ARBEITS-
LOS, SIE LÖSNER*

*Trotz meiner
Migräne, haben
die Kinder nicht
einen Termin
verschoben!
Nicht einmal
annähernd hat
die „Mutter“ sich
finanziell beeilt.
Für die Gemeinschaft
eingesetzt.*

*Die Kontouänge
belegen genau
das! - viel mehr
ist für den ZT
nicht übrig ge-
blieben!*

*Ich habe
die Ohrfeigen
vom ZT
erhalten. Nicht
er von MIR!*

*€ 116.000,-
auf 20 a
= eine monatliche
Belastung von
€ 600,-/Monat.
Das ist eine
weitere Investition
schon möglich.
IHR ARGUMENT
HERR RICHTER
= LÄCHERLICH!*

*XX
- NICHT ARBEITSLOS
- KAUM AUSTAUSCH,
TROTZ MIGRÄNE*

*WIESO VÖLLIG
ÜBERFÖRDERT?*

*3) Kinder statt
einem Partner,
dass hat mich
ausgelastet!*

noch kann - nach den Beweisergebnissen - der Antragsgegner zu "Schadenersatz" verpflichtet werden. Dass bestimmte Umbauarbeiten zumindest einer Bauanzeige bedurft hätten, ist nicht entscheidungswesentlich.

Unrichtig,
da Werk-
mindernd!

Feststellungen zu behaupteten Ersatzansprüchen der Antragstellerin wegen "Haushaltsführung" sind ebenfalls aus rechtlichen Gründen nicht erforderlich, genauso wenig sind die langwierige Berechnungen/Tabellen etc. der Antragstellerin und ihre Forderung, der Antragsgegner möge ihr das Pflegegeld für ihre Kinder „ersetzen“, rechtlich schlüssig.

Es ging im
Billigkeit.
Einmal kann
eine Frau
beweisen, dass
sie weit mehr
erbracht hat.
Dann schmeißt
Richter Dr. Huber
dies mit „Ersatz-
ansprüchen“ ab.

Die Feststellungen zu den sonstigen ehelichen Ersparnissen - über das Gebrauchsvermögen (Fahrnisse) einigten sich die Parteien - gründen auf den Angaben des Antragsgegners sowie den dazu vorgelegten Urkunden. Es bestand überhaupt kein Grund an seiner Angabe zu zweifeln, dass ein im Jahr 2014 von einer Lebensversicherung ausbezahlter Betrag von ca. EUR 9.000,- eine voreheliche Ersparnis darstellt. Man müsste dem Antragsgegner, der dazu in der Tagsatzung am 8.3.2017 dazu recherchierte, schon prozessbetrügerisches Verhalten unterstellen.

Aber sicher,
auf wessen
Angaben denn
sonst. Meine
Belege werden
ignoriert. Ich
lächle und geniere.

Die Antragstellerin begehrte die "Offenlegung" des gesamten Vermögens des Antragsgegners und das „Aufrollen“ all seiner Konten, seien es Privatkonten, seien es Firmenkonten - ohne Unterscheidung, ob das Vermögen zur Aufteilungsmasse zu zählen ist oder nicht. Sie will damit die Behauptung des Antragsgegners, es seien nicht ausreichende Mittel zur Verfügung gestanden, das Wohnhaus nachhaltiger zu sanieren, widerlegen. Sie stellte diese Anträge im Rahmen ihres Vorbringens, eine eidliche Vermögensangabe (Manifestationsanspruch) durch den Antragsgegner begehrte sie aber nicht.

Der Übergang
von Privat-
und Firmen-
Konto ist
fließend.

Honorare werden
zeitlich verzögert
abgebracht... das
Anspruch war
begründet und
berechtigt!

Niemand
ließ mich
wissen, dass
dies notwendig
ist! Sie auch nicht,
Herr Richter!

Dazu ist zu erwägen:

Man muss
nur lesen
WOLLEN
Herr Dr.
Zum Verstehen
braucht es KEINEN
akad. Titel.

So falsch
wie viele
andere
Angaben
zu den Finan-
zen: Es
gibt keinen
Bdgg, das in
der Ehe nicht
eingezahlt
wurde!

10.939,36

1. Der kooperative Antragsgegner legte sein Vermögen in ON 24⁴⁸ offen. Er listete penibel auf, über welche Aktiva und Passiva er auch zum Zeitpunkt der Aufhebung der ehelichen Lebensgemeinschaft verfügte.

2. Darüber hinaus ist vorzuschicken, dass die Eheleute getrennte Konten führten. Weder war die Antragstellerin über das Konto (Konten) des Antragsgegners verfahrensbefugt, noch war dies der Antragsgegner über Konten der Antragstellerin. Jene will mit ihrem Antrag auf „Offenlegung“ nachweisen, dass der Antragsgegner nicht ausreichend in die Wirtschaftsgemeinschaft investiert hätte. Es sei ihm möglich gewesen, mehr als die behaupteten EUR 60.000,-- (vorher EUR 100.000,--) seiner Einkünfte in die Renovierung und Sanierung der Liegenschaft zu investieren. Außerdem habe er nur ca EUR 30.000,- investiert, würde man ^{ihren} seinen Angaben folgen.

Nach der Rechtsprechung kann auch im Aufteilungsverfahren nach §§ 81 f EheG ein Anspruch auf Auskunftserteilung in entsprechender Anwendung des Art XLII Abs 1 2. Fall EGZPO geltend gemacht werden. Die eidliche Auskunftspflicht erstreckt sich aber nur auf das in die Aufteilung einzubeziehende Vermögen (JBl 2000, 671). Eine Rechnungspflicht über die Vermögensentwicklung während der Ehe besteht grundsätzlich nicht. Der Antragsgegner könnte daher schon aus diesem Grund nicht zur Auskunft über seine Kontenbewegungen im relevanten Zeitraum gehalten werden. Einer von Amts wegen bei Bankinstituten (Bausparkassen) einzuholenden Anfrage hiezu stünde § 38 BWG entgegen: Kreditinstitute sind im Aufteilungsverfahren gegenüber den Gerichten zur Wahrung des Bankgeheimnisses verpflichtet. Das erkennende Gericht kann als Zivilgericht nicht „Konten öffnen“, was die nun wieder anwaltlich vertretene Antragstellerin wissen muss.

→ Es sind nur
rund €33.000,-
belegt. In
11 Jahren

Schlau das
mich niemand
informierte.
Und wieder
über der Tisch
gezogen.
Wie erbsüchtig
ist dieses
Verfahren
bisher gelaufen!

Am 23.1.2017

29 Beilagen
die ich nicht
mehr kommen
lassen durfte:

Falsche Zahlen,
fehlende Zahlen,
die Wertschätzung
fehlende Konten
...
falsche Zeitstrahl

Der Aufteilung unterliegen nur jenes eheliche
Gebrauchsvermögen und jene ehelichen Ersparnisse, die im
Aufteilungszeitpunkt noch vorhanden sind oder deren Wert
gemäß § 91 Abs 1 EheG in die Aufteilung einzubeziehen ist
(z.B. EFSlg 57.292). Abgesehen davon, dass die Antrag-
stellerin ohnehin zu Recht nicht die förmliche Durchfüh-
rung des Eidesverfahrens zum behaupteten Beweisthema
beantragte, ist ihrem Beweisantrag entgegenzuhalten, dass
ein Auftrag zur eidlichen Vermögensbekanntgabe nur hin-
sichtlich jener Werte ergehen könnte, für die der außer-
streitige Rechtsweg zulässig ist, die somit als Teil des
ehelichen Gebrauchsvermögens oder der ehelichen Erspar-
nisse anzusehen sind. Das Begehren, der Antragsgegner
möge sein gesamtes Vermögen bekanntgeben, ist zu weit und
unkonkretisiert, es stellt sich sohin als bloßer - unzu-
lässiger - Erkundungsbeweis dar. Das Begehren beschränkt
sich nicht einmal auf die Angabe von Werten zum Zeitpunkt
der Aufhebung der Lebensgemeinschaft!

Schlau, oder
vielmehr
unglaublich
Schäbig

In rechtlicher Hinsicht ergibt sich:

Das Aufteilungsverfahren ist besonders gekennzeich-
net durch den Grundsatz der Billigkeit (§ 83 EheG). Dabei
nennt der Gesetzgeber eine Reihe von Bemessungsrichtli-
nien, wie das Gewicht und den Umfang des Beitrages eines
Ehegatten zum Vermögenserwerb sowie die Unterhaltsleis-
tungen, die Haushaltsführung und Kindererziehung, aber
auch das Kindesswohl und sonstige eheliche Beistandsleis-
tungen. Diese Aufzählung ist aber nur demonstrativ. Das
Gericht hat sich vor allem an der Einzelfallgerechtigkeit
zu orientieren und sich von dem Grundsatz des "Wohlbeste-
henkönnens" sowie dem Trennungsgrundsatz und dem Bewah-
rungsgrundsatz leiten zu lassen. Dem Billigkeitsgebot
entspricht es aber genauso, einen unverhältnismäßigen
Verfahrensaufwand zu vermeiden. Ehewohnung und Hausrat

tatsächlich?

27
INVEST
€ 38.000,-
Betriebskosten
€ 40.000,-
Tilgungszinsen
€ 38.000,-
Hauskauf
€ 20.000,- ca.

ICH
INVEST
€ 95.800,-
Haushaltsführung
€ 132.000,-
Kinder
€ 156.000,-
Betriebskosten
€ 20.000,-
Camper (Urlaubs)
€ 36.000,-
Zinsendienst
€ 34.000,-
Kinderbetreuung, H.H.
95%
Strafverfahrensweg
NEIN

Zeit für Kinder, H.H.
5%
Strafverfahrensweg, Kinder
JA

sind zwar regelmäßig dem Ehegatten zu überlassen, in dessen Haushalt die gemeinsamen, nicht selbsterhaltungsfähigen Kinder leben. Hingegen ist die Sicherung von Vermögen der geschiedenen Ehegatten nicht einmal für ihre aus der Ehe stammenden Kinder ein Aufteilungsgrundsatz. Die Antragstellerin hat nun die alleinige Pflege und Erziehung für ihre Pflegekinder. Dabei handelt es sich selbstredend nicht um Kinder des Antragsgegners. Bei den Billigkeitserwägungen hat sohin das Wohl der Pflegekinder nicht Vorrang. Für deren Pflegeaufwand erhält die Antragstellerin hohe Geldleistungen von Seiten des Magistrats Wien. Die Kreditrückzahlungen und Einzahlungen in die Tilgungsträger werden zum Teil weit über die Volljährigkeit der Kinder hinausreichen. Die Finanzierungslücke ist erheblich.

Es entspricht auch nicht dem Grundsatz der Billigkeit, dem ehemaligen Ehegatten die Wohnung zuzuweisen, der auf keinen Fall in der Lage wäre, eine gewisse Ausgleichszahlung zu leisten (zB 3 Ob 203/08m u.v.a.). Die Antragstellerin selbst erklärte, dass sie im Falle der Zuweisung der Liegenschaft und der Verbindlichkeiten gezwungen wäre, die Liegenschaft sofort zu verkaufen. Zuletzt weichte sie ihren Standpunkt zwar etwas auf, indem sie aussagte, dass sie die *Sanierung der Liegenschaft ihrer Einschätzung nach in Zukunft schon tragen könne. Im Verfahren ging sie von einem Sanierungsaufwand - gestützt auf das von ihr eingeholte Privatgutachten des Ing. Kortus - von zumindest EUR 270.000,- aus. Der genaue Aufwand sei aber noch gar nicht ermittelbar, weil sie noch nicht alle Erhebungen und Untersuchungen veranlasst habe (!). Keinesfalls könne sie aber die Verbindlichkeiten übernehmen. Es darf hier nicht übersehen werden, dass sich die Antragstellerin - entgegen jedem Rat ihrer vor-

Es sind besonders schutzwürdige Kinder!

Diese Gelder gehören den Kindern. Auf die schielte schon der ZT.

Auch weil der ZT nur 2 statt 3 Tilgungsträger bezieht.

Wo für: Für

€ 200.000,- hinterlasse Schwestern 2 Aber ich erhalte für meine € 85.800,- lächerliche € 5.000,- weil sich ZT nicht mehr leisten kann und sich gar nicht sicher ist, Haus & Kredit stemmen zu können?

(X) 270.000,-

war das Privatgutachten vom Tischler auf noch mehr hoher Datenbasis.

WIE unmen - schlich geht es noch??

* ICH HABE IMMER gesagt: die Sanierung der Sanierung + normale Sanierung = möglich. Aber toffner kann schiefen Kessel unmöglich!

Der ZT ist dazu genauso wenig in der Lage. Sein Anwalt war nur schlauer. Hat verhindert, dass dies, außer im Protokoll wo steht.

Die Frist zur Ablehnung des gerichtl. Gutachtens war nicht ausdrücklich verhängt von Ihnen, vergessen Herr Dr. Huber?

150.000 (X)

DAS IST EINE LÜGE:

DACHSANIERUNG
2014

wegen Gefahr
in Verzug

→ für diese
Gefahr ließen
sie, Herr Dr.

Huber, mich
beim Jugendamt
ankommen lassen.

ICH musste
mich für
die fahr-
lässigen
Zustände:

TOR, Elektrik
... rechtfertigen.

Haben Sie
Alzheimer??

seine Schwester
lebte genau
3! Jahre in
dem Haus

herigen Vertreterin - nach Auflösen der ehelichen Lebens-
gemeinschaft weiter schwer verschuldet hat, weil sie
meinte, die Liegenschaft sanieren zu müssen. Sie hat zig
tausende Euro für Privatgutachten und Vertreter aufge-
wendet und im Verfahren gleich drei Rechtsanwälte
beschäftigt. Es ist abzusehen, dass die hohen Leistungen
der Stadt Wien für die Pflegekinder mittel oder gar kurz-
fristig entfallen werden. Die Liegenschaft ist daher für
die Antragstellerin nicht leistbar. Sie kann so nicht
„wohlbestehen“. → völlig ruiniert schon → Privatinsolvenz Obdachlos

Die Zuweisung der Ehewohnung an die Antragstellerin
ohne Verpflichtung der Leistung einer angemessenen Aus-
gleichszahlung und/oder Übernahme der Kredite durch den
Antragsgegner käme aber einer entschädigungslosen Enteig-
nung gleich. *Meine entschädigungslose Enteignung, KEIN Thema!*

Daraus kann nur folgen, dass dem Antragsgegner die
eheliche Wohnung zuzuweisen ist. Dafür spricht, dass die
Liegenschaft ^x unstrittigerweise aus seinem Familienbesitz
stammt und, wie aus den Feststellungen zu folgern ist,
das „Haus des Architekten“ als sein Lebenswerk anzusehen
ist. Der Antragsgegner ist aber auch zu einem gewissen
Teil, weil die kleine Eigentumswohnung in Wien nicht
gleichwertig ist, insofern auf die Benützung der eheli-
chen Wohnung angewiesen.

In die Billigkeitserwägungen sind auch alle vorher-
sehbaren künftigen Interessenslagen einzubeziehen; dies
ist schon deshalb geboten, weil eine nachträgliche Ände-
rung der einmal getroffenen Entscheidung über die Auftei-
lung wegen geänderter Umstände nicht vorgesehen ist. Es
entspricht keinesfalls dem Interesse der Antragstellerin,
ihr die Ehewohnung zuzuweisen, die ihrer Einschätzung
nach mit dermaßen gravierenden Mängeln nun behaftet ist,
die einen Sanierungsaufwand von über EUR 270.000,-

150.000,-

Sie zwingen
mir ein
teures, zer-
mürbtes
finanziell
zerstörendes
Verfahren auf
unlängst
einmal
Scheitern.
Sie sind
überheblich!

3 Rechtsanwälte

Verfahrenshilfe:
- Verhältnismäßigkeit
Termine - durch
Email S belegt.

RA Bernhauer:

- Lokationen -
Schwein-GA
Termin nicht
weiter gegeben
- Klein Bauwerk
nicht fänden
gutachter
weiter gegeben

RA Z

- 5 Monate warten
auf ein Gebäude
das nach 6
Wochen! fertig
sein sollte.
Nachdem ich
selbst Frischhaltung
beabsichtigte -
kündigte Sie
das Mandat!

Soviel zur
Qualität
des Rechts-
beistandes.
Warum
Sie mit also
weiter?

erfordern. Die Antragstellerin wäre nicht nur mit der Finanzierung der Sanierung heillos überfordert, sondern wäre eine dermaßen mangelhafte Ehewohnung nur steter Quell des Ärgernisses für die Antragstellerin. Abgesehen davon würde die Zuweisung der Liegenschaft an die Antragstellerin, wie sie selbst meint, zu einem sofortigen Verkauf (Versteigerung) führen. Nur PWS KREDIT u. das bezweifelt der ZT auch, dass er das schafft.

Es kann aber auch nicht, dies auch nicht im Rahmen der Billigkeitserwägungen, damit argumentiert werden, dass der Antragsgegner keine adäquaten Beiträge zur Schaffung des Gemeinschaftsvermögens und von Ersparnissen erbracht hat. Wie den Feststellungen zu entnehmen ist, hat der Antragsgegner sich nach seinen Kräften in zumindest gleichem Ausmaß wie die Antragstellerin bemüht, ist einer beruflichen Tätigkeit regelmäßig und durchwegs nachgegangen, hat die Antragstellerin im Haushalt sowie auch bei der Pflege und Erziehung der Pflegekinder unterstützt. Auch aus diesen Überlegungen resultiert, dass es keineswegs der Billigkeit entsprechen würde, den Antragsgegner zur Übernahme der Verbindlichkeiten (und der Tilgungsträger) zu verpflichten, während der Antragstellerin die Liegenschaft übertragen wird.

Zu prüfen bleibt, ob dem Antragsgegner die Leistung einer angemessenen Ausgleichszahlung aufzuerlegen ist:

Wie bei der Aufteilung ganz allgemein, so kommt es auch bei der Bemessung der Ausgleichszahlung in der Regel auf die Wertverhältnisse im Zeitpunkt der Aufteilung an. Doch ist bei der Festsetzung der Ausgleichszahlung nicht streng rechnerisch (etwa 1:1) vorzugehen, sondern es muss eine unter dem Gesichtspunkt der Billigkeit zu bemessende Pauschalzahlung festgesetzt werden. Eine überschlagsmäßige Bewertung kann dabei ausreichend sein (z.B. EF 117.519).

Oh, wie fürsorglich

A....

ZT

€ 98.000,-
belegt an
Einkommen!

Frühstücke für
die Kinder
ab 2012 mit
Unterbrechungen!
und Freizeitpro-
gramm - oft
mehr zu seinem
Vergügen!

ICH

€ 132.000,-
+
€ 153.000,-
285.000

Pust
€ 200.000
NETR

aber für den
Richter ist
dies zumindest
gleichem Ausmaß!

Alles zum
Schutz des
finanziell
schwächeren
gelacht,
wird hier
GEGEN MICH
angewendet.

Nach herrschender Rechtsprechung sind Liegenschaften (und eheliche Ersparnisse) zum Zeitpunkt der Aufteilung erster Instanz zu bewerten. Unstrittig ist, dass Veränderungen des Werts einer Sache – sei es eine Werterhöhung, sei es eine Wertminderung, die auf Aktivitäten eines Ehegatten alleine nach Aufhebung der ehelichen Lebensgemeinschaft zurückzuführen sind – bei der Aufteilung nicht zu berücksichtigen sind. Daraus folgt, dass dem Antragsgegner zwar die Liegenschaft zu übertragen war, er aber zur Rückzahlung von sämtlichen Verbindlichkeiten in Höhe von € 180.000,-- die zur Finanzierung der Liegenschaft aufgenommen wurden und nun in dieser Höhe aushaften, zu verhalten ist. Die Liegenschaft hat unter Einbeziehung der nahehelichen Investitionen von ca. EUR 16.000,- der Antragstellerin ein Wert von EUR 134.000,-. Die Tilgungsträger hatten zum Zeitpunkt der Auflösung der ehelichen Lebensgemeinschaft einen Rückkaufswert von EUR 45.000,-. Übertragung von Liegenschaft und Tilgungsträger sowie Verbindlichkeiten bedeuten daher in der Tat ein „Nullsummenspiel“. Die nahehelichen Investitionen der Antragstellerin sind eingerechnet worden, weil dem Wert der Investitionen als Ausgleich die Übernahme aller Schulden gegenüber steht. Es darf aber dabei auch nicht übersehen werden, dass der Antragsgegner damit auch das nach wie vor bestehende hohe Risiko der Finanzierung mittels Fremdwährungskrediten übernimmt. Wie unstrittig zu erkennen ist, haben die Eheleute seinerzeit einen Kredit zur Finanzierung der Liegenschaft in Höhe von ca. EUR 130.000,-- aufgenommen, der aber nun mittlerweile mit EUR 180.000,-- m.o.w. aushaftet. Darüber hinaus ist äußerst fraglich, ob die Tilgungsträger, also die Lebensversicherungen, den erwarteten Ertrag überhaupt annäherungsweise erzielen werden. Der auf die Antragstellerin

??

ha, ha

← 3 „Tilgungsträger“

Spinnen die RÖMER?

2016 haben die 3 „Tilgungsträger“ auf einmal einen Wert von € 70.000,33

lautende Vertrag war aber jedenfalls auf den Antragsgegner zu übertragen. Zum Zeitpunkt der Auflösung der ehelichen Lebensgemeinschaft hatten die Tilgungsträger über ca. 11 Jahre gerade einmal einen Betrag von ca. EUR 45.000,-- (!) m.o.w. erzielt, sie werden schon in den Jahren 2021 bzw. 2025 auslaufen! Die Finanzierungslücke könnte daher noch sehr kräftig ausfallen. Da der Antragsgegner aber sein Lebenswerk vollenden will, ist ihm schon aus diesem Grund dieses Risiko zuzumuten. Alle Leistungen in die Tilgungsträger nach Auflösen der ehelichen Lebensgemeinschaft hat der Antragsgegner alleine erbracht.

Zum wiederholten Male, weil auch schon im Scheidungsverfahren, ist die Antragstellerin darauf hinzuweisen, dass sie mit dem Antragsgegner keinen Architektenvertrag sondern einen ^xEhevertrag abgeschlossen hatte.

Noch in ihrem Antrag (ON 6) hielt sie es für ausreichend, wenn der Antragsgegner mit den vorgenommenen Sanierungen (in der Ehe) zumindest den Werterhalt erzielt hätte. Nun hat der Antragsgegner aber zumindest gerade das erreicht, wobei dabei sogar unberücksichtigt ist, dass der Verkehrswert der Liegenschaft zum Zeitpunkt ihrer Anschaffung nicht feststeht und auch nicht festgestellt werden konnte. Tatsächlich dürfte der Kaufpreis "hochpreisig" gewesen sein. Gewährleistungs- und/oder Schadenersatzansprüche aus dem Ehevertrag sind aber nicht denkbar.

Selbstredend, weil dies die Antragstellerin offenbar genauso verkennt, sind die während der ehelichen Lebensgemeinschaft getätigten beiderseitigen finanziellen Beiträge nicht in ihrer absoluten Größe abzugelten. Die Antragstellerin bezifferte die von ihr erbrachten Haushaltsleistungen mit einem tatsächlichen "Fantasiebetrag" in Höhe von EUR 132.000,--, um damit im Eventualbegehren die Leistung einer Ausgleichszahlung zu begründen. Die

inzwischen
€ 70.000,-
aber immer
schon zu
meinen
Ungunsten
Formulieren.
sowie für
den Reklus
schon vorbereitet
mit breiten
roten Pastit
auf meinen
NATURLICHEN
Charakter
hinweisend.

x
Ein Ehevertrag
kann aber
kein finanzielles
Todesurteil
bedeuten -
in einem
Rechtsauf!

Der Kaufpreis
ist ja wohl
realer als
ein Verkehrswert
€ 116.000,-
geht es noch
Schwachsinniger
und es gibt das
GA im Akt
das zeigt das
derjenige 2002
praktisch noch
nichts wert
war!

Perzeit
€ 110.000,-
die dem ZT
nicht „weh“
tun würde
zu begleichen.
und Frau
und Kinder
behielten ihr
Zuhause!

Den § der
Guten Sitten
gibt es
dennoch.
und dieser
gilt auch in
der Ehe.
Das Gericht
ist nur zu
faul zu
urteilen!

← IGNORANT
GA um 1939
im Akt!!
belegt, dass
damit nicht so ist.

Es ging um
Billigkeit,
aber mich
als dämlich
hinstellen, hat
ja schon
Strategie!

Aufteilung hat nicht von einem in Geld umgewerteten Beitrag jedes einzelnen Ehegatten zur Schaffung des ehelichen Gebrauchsvermögens auszugehen, sondern es ist einfach nur zu prüfen, in welchem Ausmaß und Beitrag nach Gewicht und Umfang er die Anschaffung des ehelichen Gebrauchsvermögens ermöglicht hat. Die Ermittlung von Gewicht und Umfang der Beiträge der Ehegatten ist also kein rechnerisches Problem, weil eine Reihe von unwägbaren und unmessbaren Elementen in Betracht zu ziehen sind, weshalb eine Loslösung von der schematischen Beurteilung erfassbarer Zahlen geboten ist und jeder Fall in seinen Verflechtungen ein einmaliges Ereignis darstellt (z.B. 5 Ob 606/85 u.v.a.). Das schließt aus, dass die finanziellen Beiträge beider Ehegatten isoliert betrachtet werden dürfen, um daraus dann Ausgleichszahlungen abzuleiten.

War, wenn
Frau bewusst
kann, das
sie mehr ge-
leistet hat,
findet sich
sicher etwas
um es wieder
auf Null
zu reduzieren!

Daraus folgt aber auch, dass die umfangreichst vorgelegten Urkunden und tabellenartigen Berechnungen/Hochrechnungen, Auswertungen etc. der Antragstellerin unmaßgeblich sind.

Schließlich ist die Antragstellerin darauf hinzuweisen, dass alle Sanierungsmaßnahmen nach Absprache und mit ihrer Zustimmung erfolgten, wenngleich sie sich auf fachliche Kenntnisse des Antragsgegners verlassen durfte. Die Eheleute waren sich bewusst, dass nach 100%iger Fremdfinanzierung die finanziellen Mittel ausgeschöpft waren, weshalb auch mit Blick darauf, dass die Ehegatten in der Wohnung wohnen mussten und sie darüber hinaus Pflegekinder aufnahmen, alle ihre Kräfte ausgereizt waren. Dass der Antragsgegner durchaus emsig war, belegen die festgestellten Sanierungsmaßnahmen, unabhängig davon, dass sie kaum zu einer Wertsteigerung der Liegenschaft führten.

Den Schluss
ziehen Sie.
Herr Schaller
lebte ein
ganz anderes
Bild vor
(Ciebertmann)
weshalb
kein Geld
für Investition
auch so
unglücklich
war!

Es wurde festgestellt, dass die Antragstellerin EUR 15.000,-- und der Antragsgegner EUR 10.000,- in die Ehe

mir wird
Schlecht!

LÖGE
HOCH 3!

einbrachten. Daraus resultiert, dass der Antragstellerin hierfür ein Ausgleich von EUR 5.000,- zusteht.

INVEST
€ 95.800,-
- 5.000
90.800,-
VERLUST
- recht für

Die Antragstellerin hat nach Auflösen der ehelichen Lebensgemeinschaft Kreditzinsen in Höhe von EUR 5.280,- alleine für die nun vom Antragsgegner übernommenen Kredite bezahlt. Davon ist nun noch ein Guthaben von ca. EUR 1.300,- m.o.w. vorhanden. Die Zahlung der Kreditzinsen kam beiden Parteien zugute, die damit verhinderten, dass die Kredite vorzeitig fällig gestellt wurden. Das Guthaben verbleibt dem Antragsgegner auf seinem Konto, der diesen Betrag auszugleichen hat. Das steht aber nicht mehr unter Beschluss

Itir FÜHLT
Geld - nach-
weislich zum
entwandt -
KONTO nicht
offengelegt!

Der Antragsgegner hat keine weiteren Ersparnisse, die der Aufteilung unterliegen. Der Antragsgegner hat unter Beweis gestellt, dass sowohl die Lebensversicherung ERGO, die der Besicherung des Überziehungsrahmens seines Firmenkontos dient, aus vorehelichem Vermögen gespeist wurde als auch das Wertpapierdepot PIA Select Europe Stock, das schon im Jahr 1989 angelegt wurde. Ein an den Antragsgegner im Jahr 2014 ausbezahlter Betrag von ca. EUR 11.000,- stammt aus einer vorehelich abgeschlossenen und in der Ehe nicht mehr gespeisten Lebensversicherung. Die Bausparverträge sind (auch zum Zeitpunkt der Auflösung der ehelichen Lebensgemeinschaft) allesamt nicht mehr vorhanden gewesen. Ein äußerst geringfügiger Auszahlungsbetrag aus dem AMIS-Fonds wurde schon längst verbraucht, das „Ausstellungshaus“, stammt aus einem Geschäftskonzept. Es steht auf einem Ausstellungsgelände und ist völlig wertlos, weil unverwertbar. Guthaben aus Bausparverträgen, auch eines vorehelichen, wurden zur Finanzierung von Sanierungsschritten verwendet.

KEINE OFFENL.

KEIN BELEG
KEINE OFFENL.

ES GAB ZUKÜNFT
IN DER EHE

KEINE OFFENL.
KEIN BELEG

KEINE OFFENL.
KEIN BELEG

FALSCH - IST F.
KREDIT VINKULIERT

FALSCH - IST
EIGENTUM ZT
& VERKÄUFLICH,
VERMIETBAR

LÖGE, 35%
FÜR INVEST
VERWENDET

Die Ehescheidungsklage wurde am 13.5.2015 eingebracht. Anhaltspunkte für einen Ausgleich für Benachteiligungen der Antragstellerin gibt es nicht (§ 91 EheG).

ICH GEMEINT
DIESEN BESCHLUSS
IN DIETRYAT -
INSOLVENZ
BEURDEITUNG
BIN ICH WIDDER DRAN
+ OBACHLOSIGKEIT

Zum Zeitpunkt der Auflösung der ehelichen Lebensgemeinschaft hatte das Privatkonto des Antragsgegners zwar einen Minussaldo von ca. EUR 6.800,-, doch liegen dem offenbar persönliche Bedürfnisse („Cyber Weiber“, wenn-
gleich von der Antragstellerin damals sogar gewünscht, s. hg 16 C 17/15i) des Antragsgegners zu Grunde. Dass es sich dabei auch, und in welchem Ausmaß, um gemeinschaftliche Ausgaben handelte, hat der Antragsgegner nicht unter Beweis gestellt.

Der Unterschied
will „HANN“
Richter Dr. Haber
bis zum Schluss
nicht verstehen.
Ich habe Herpes
Genitalis - das
lies den ZT
in einen

Die Antragstellerin verfügte zum Zeitpunkt Oktober 2013 über eine Lebensversicherung, die sie zwar schon
Private Pensionsvorsorge
vorehelich am 1.1.1990 abgeschlossen hatte, die aber in
der Ehe um ca. EUR 7.200,- vermehrt wurde. Insoweit
unterliegt sie daher der Aufteilung.

Sex. Notstand
gefallen -
menschlich für
die Familie
nicht mehr
zu tragen.

Bei der Aufteilung ist ferner zu berücksichtigen,
dass der Antragsgegner von Oktober 2013 bis einschließ-
lich August 2014 die Betriebskosten für die eheliche Lie-
genschaft (ausgenommen die Kosten der Energie) trug.
Dabei handelte es sich um einen Betrag von EU 2.637,-.

Ich brachte
einßernachher
großes Opfer,
in dem ich ihm
Anbot, er
möge sich
SEX abregieren.

Nicht zu berücksichtigen sind aber die vom Antragsgegner
noch lange nach dem Oktober 2013 bezahlten Kosten der
Zusatzkrankenversicherung der Antragstellerin. Diese Zah-
lungen hatten „Unterhaltscharakter“.

Darum die Familie
wieder einen
angest. Mann
verloren & Mann
habe. Teil
Großbrant
nutzte er
jedoch um
mich auszu-
tauschen.

Abgesehen davon, dass die Antragstellerin nie die
Einbeziehung des „Ausstellungshauses in die Aufteilung
begehrte und dazu auch kein Vorbringen erstattete,
stellte das „Ausstellungshaus“ kein eheliches Gebrauchs-
vermögen und wohl auch nicht eheliche Ersparnis dar. Dazu
kommt, dass es völlig wertlos ist. Es ist bei der Bemes-
sung der Ausgleichszahlung nicht zu berücksichtigen.

Diese Großbrant
Versuchte
Richter Dr. Haber

„Non-liquet-Feststellungen“ zur Frage, ob Sachen
oder Ersparnisse in die Ehe eingebracht wurden, gehen
zulasten desjenigen, der die Einbeziehung der Werte

dank meiner
unfähigen
Vorfallshilfe
im Klärungsver-
fahren GEGEN
mich - trotz
Schlägen.

Meine private
Pensions-
vorsorge -

Aber weil als
Sache nicht
offiziell -
daß die
Habe davon
auch noch
profitieren.

Ist nicht
Richtig -
Rondo findet
sich in der
Vermögens-
aufstellung
des Z.T.

begehrt.

Das ist eine
Beleidigung!

Daraus resultiert eine angemessene Ausgleichszahlung von EUR 5.000,-. Die von der Antragstellerin umgesetzten nachehelichen Investitionen konnten „nur“ nach den Bestimmungen des EheG bemessen werden. Sie wurden mit der Zuweisung aller Verbindlichkeiten an den Antragsgegner abgegolten. Die Liegenschaft steht zwar im Miteigentum der Parteien, doch haben dabei Erwägungen nach den Regeln des ABGB außer Betracht zu bleiben. Bei dem Aufteilungsanspruch handelt es sich um einen Sonderanspruch, der allen anderen möglichen Ansprüchen (...) vorgeht (JBl 1996, 553). Es ist ferner zu bedenken, dass die Antragstellerin weiterhin in dem ehelichen Wohnhaus wohnte und damit auch das Hälteeigentum des Antragsgegners nutzte, während jener nach der Trennung verhalten war, eine andere Wohngelegenheit zu finanzieren. Dabei versteht sich von selbst, dass die Antragstellerin für die laufenden Erhaltungsarbeiten aus Eigenem aufzukommen hatte. Der Antragsgegner hat hingegen nur das auszugleichen, was ihm nun noch zum Vorteil gereicht. Im gegenständlichen Fall sind das gerade einmal die, wenngleich nicht mangelfreie, Dachsanierung, Elektrikerleistungen, teilweise Erneuerungen der Lüftungsanlage, keinesfalls aber nicht fachgerecht ausgeführte Abdichtungsarbeiten, Kanalverrohrungen und das „Erneuern“ einer Mauer durch Ersatz eines Holzzaunes. Diese Erwägungen zeigen, dass bloß ein angemessener Betrag von EUR 16.000,-, also jener Betrag der auch der Wertsteigerung entspricht, auszugleichen ist.

Erhaltung,
nicht
SANIERUNG!

UNRICHTIG:
WOHNTE BEI
MAMA: KOSTEN-
LOS!

es ist kein
KÄUFER!

EUR 16.000
- 1200,- Hekt.
14.800
- 5.800 Lüft.
9.000
- 800, Fächer
EUR 8.100

Der ZT bekommt
damit durch
Richter Dr. Huber
ein 220 m²
Kaltbad um

EUR 8.100,-
gucken!
Nein nicht
einmal diesen
fälschlichen
Betrag muß
er zahlen,
weil selbst die
EUR 16.000,- + NOG

Auch wenn eine Sache vor der Ehe gemeinsam als gemeinschaftliches Eigentum erworben wurde bzw Schulden für die Anschaffung der späteren Ehewohnung gemeinsam eingegangen wurden, fallen diese nicht in die Aufteilungs- masse. Stichtag ist dabei der Tag der Eheschließung.

Kausale
Kosten-
noch nie
davon gehört
Herr Dr. Huber?

Eine eingebrachte Sache ist aber nach der Rechtsprechung dann in das Aufteilungsverfahren einzubeziehen, wenn die überwiegende Wertschöpfung während der Ehe stattgefunden hat. Daraus folgt, dass die Liegenschaft und die Tilgungsträger sowie auch die Kreditverbindlichkeiten selbstredend der Aufteilung unterliegen. Fraglich ist dies hingegen bei den vorehelichen, wenngleich gemeinsamen, Investitionen in die Heizungs-/Lüftungsanlage sowie in den Umbau des "Kuhstalls": Im vorliegenden Fall ist nicht entscheidungswesentlich, dass all diese Leistungen "wertschöpfend" nicht in der Ehe erbracht wurden. Die

SCHWACHSINN
WAR IM
KAUFPREIS
WEIL DIESER
SONST ZU
HOCH GEWISSEN
WÄRE -

Kosten der Heizungs-/Lüftungsanlage haben die Parteien erst mit Bezahlung des Kaufpreises der unstrittig der Aufteilung unterliegenden Liegenschaft getragen. Die Wertschöpfung, also die Bezahlung des gesamten Kaufpreises, sollte in der Ehe erfolgen. Die Umbaukosten von ca. € 25.000,- wurden zwar zur Gänze vor der Ehe abgezahlt, doch ist entscheidungswesentlich, dass auch der Umbau Teil des dreißigjährigen ehelichen Sanierungsplans für die Liegenschaft war. Es wäre nicht sachgerecht, die Kosten für den Umbau, der unmittelbar vor der Eheschließung abgeschlossen wurde, aus der ehelichen Aufteilung herauszunehmen und die Aufteilung diesbezüglich nach den Regeln des ABGB - im strittigen Verfahren - vorzunehmen. Im übrigen hat keine der Parteien beantragt, die Umbaukosten aus der ehelichen Aufteilung herauszunehmen.

Natürlich
nicht, denn
das wäre
zu Lasten des
ZT. Und den
schützt man
ja, mit jedem
faulen juristischen
Trick - und
meine eigenen
Anwälte helfen
dabei!

Völlig unmaßgeblich ist, dass die Antragstellerin die gesamten vorehelichen Umbaukosten, nachdem Rechnungen offenbar wunschgemäß auf sie ausgestellt worden waren, in ihrer Bilanz aus finanztaktischen Erwägungen abgeschrieben hatte. Selbst wenn dies berücksichtigungswürdig wäre, wäre die Antragstellerin darauf hinzuweisen, dass auch das ein ehelicher Beitrag in den Finanzhaushalt bedeuten

Na, klar,
immer
gegenmüß,
so wie
Dr. Peter
Huber es
braucht.
Warum ist
dieser Richter
nicht völlig
objektiv
zu sein?
KEINE AHUNG

Steuerverweigerer
ist ein
Betrüger, kein
Richter?

würde, der nicht aus der Aufteilungsmasse herauszurechnen ist.

*Aber klar,
meine Werte
alle REIN,
ET Werte
alle RAUS.*

Aus bloß allgemeinen Billigkeits- und gar Verschuldenserwägungen kommt die Auferlegung einer Ausgleichszahlung ohnehin nicht in Betracht (z.B. 9 Ob 125/04d).

Lebensversicherungsverträge sind zur Verwertung bestimmter Sparformen und daher mit dem Rückkaufswert zum Aufteilungszeitpunkt in die Aufteilung einzubeziehen.

*Auch so
Praktisch
bei einem
Endfälligen
Kredit -
was für eine
Praxisfrage
Gesetzgebung.*

Es war daher spruchgemäß zu entscheiden, das Hauptbegehren abzuweisen und im Eventualbegehren nur eine geringe Ausgleichszahlung von EUR 5.000,- zuzuerkennen.

Zur Kostenentscheidung:

*ich fühl mich überhaupt nicht
über den Tisch gezogen ...*

Die zur zweckentsprechenden Rechtsverfolgung oder Rechtsverteidigung notwendigen Kosten sind einer Partei zu ersetzen, soweit sie mit ihrer Rechtsverfolgung oder Rechtsverteidigung gegenüber der anderen Partei, die entgegengesetzte Interessen verfolgt hat, durchgedrungen ist. Davon ist nur abzuweichen, soweit dies nach Billigkeit, insbesondere wegen der tatsächlichen und rechtlichen Schwierigkeiten der Sache oder wegen eines dem Verhalten einzelner Parteien zuzurechnenden Aufwands, erforderlich ist.

Die Antragsstellerin beehrte zunächst im Wesentlichen einerseits die Übertragung der Liegenschaft in ihr Alleineigentum und andererseits, den Antragsgegner zur alleinigen Rückzahlung aller gemeinsamen Verbindlichkeiten zu verpflichten. Dieses Hauptbegehren erweiterte sie am 19.1.2017 um ein Eventualbegehren, mit dem im Falle der Übertragung der Liegenschaft auf den Antragsgegner und seiner Verpflichtung zur alleinigen Rückzahlung aller Verbindlichkeiten der Antragsgegner zusätzlich noch zur Zahlung einer Ausgleichszahlung verpflichtet werde. Haupt- und Eventualbegehren ergänzte die Antragstellerin

letztlich dahingehend, dass die Tilgungsträger zur Gänze dem verbleiben sollen, der die Verbindlichkeiten übernimmt.

Der Antragsgegner begehrte hingegen die Übertragung der Liegenschaft und der Verbindlichkeiten auf ihn und dass die Tilgungsträger demjenigen verbleiben sollen, der die Verbindlichkeiten übernehme.

Über die Fahrnisse sowie einen Teil der Ersparnisse konnten sich die Parteien, ohne damit einen bedeutenden Verfahrensaufwand zu verursachen, einigen. Besonders Streitintensiv war die Auseinandersetzung zu der Frage, wer die Liegenschaft und wer die Verbindlichkeiten übernimmt und schließlich erst im späteren Verfahrenabschnitt, ob eine Ausgleichszahlung zu leisten ist.

Der Antragsgegner hat fast zur Gänze obsiegt. Die Antragstellerin ist darauf hinzuweisen, dass sie auch gemessen an dem Billigkeitsgrundsatz im naheheiligen Aufteilungsverfahren "heillos überklagt" hat, während der Antragsgegner die "greifbare" Lösung von Beginn an angeboten hat. Den erheblichen und ausgeübten Verfahrensaufwand hat alleine die Antragstellerin verursacht, gewissermaßen aber auch verschuldet. Sie hat das seinerzeit festgelegte Prozessprogramm (ON 11) platzen lassen und am letzten Tag der Antragsfrist umfangreichstes Vorbringen (ON 36) erstattet und Urkunden vorgelegt, was überwiegend nicht entscheidungswesentlich war und bloß zu einer erheblichen Verschleppung des Verfahrens führte. Es war evident, dass die Liegenschaft, zumal die Antragstellerin von Beginn erklärte, dass sie die Verbindlichkeiten nicht übernehmen könne und die Liegenschaft von ihr mit einem Aufwand von über EUR ^{150.000} 270.000,- (!) und mehr saniert werden müsse, nur auf den Antragsgegner übertragen werden kann. Die begehrte „entschädigungslose Enteignung“ des

ja ich
E-150.000,-
sehr greifbar
bis zum 23.1.17
über 2. Jahre
keine Daten
des Gegners, nur
Behauptungen.
Denn 29
Eingaben,
viele falsch
auf die ich
nicht mehr
reagieren
konnte!
Sommer die
Justiz unschuldig
fertig!

Antragsgegners könnte nur durch „Ermessensmissbrauch“ (des Gerichts) begründet werden. Schulden einerseits und Liegenschaft samt Tilgungsträger andererseits heben einander mehr oder weniger auf. Die Antragsgegnerin ist im spät erhobenen Eventualbegehren nur zu einem geringen Teil durchgedrungen. Auch dazu ist auszuführen, dass eine Ausgleichszahlung von EUR 150.000,- völlig überzogen und schlichtweg gesetzwidrig wäre. Die von der Antragsgegnerin dazu gelieferten Begründungen sind haltlos und nicht im Entferntesten mit „Billigkeit“ begründbar. Der unglaublich hohe, allein von der Antragstellerin verursachte Verfahrensaufwand betraf die Frage, an wen Liegenschaft und Schulden zu übertragen sind. Die Antragstellerin hat gleich drei Privatgutachter mit der Erstellung teilweise hanebüchener Gutachten beauftragt, hat im Verfahren drei Rechtsvertreter in kurzer zeitlicher Abfolge bevollmächtigt und umfangreiche Eingaben bzw. Schriftsätze verfassen lassen. Der Antragsgegner musste auf die ausufernden Aktionen der Antragstellerin replizieren. Die Antragstellerin wollte einfach nicht akzeptieren, dass sie einen Architekten nur geehlicht, aber nicht mit ihm einen Architektenvertrag abgeschlossen hatte. Bei dieser Sachlage entspricht es auch der Billigkeit, die Antragstellerin zur Leistung der Kosten des Verfahrens zu verhalten.

Die Antragstellerin erhob Einwendungen gegen das Kostenverzeichnis des Antragsgegners:

Das AußerstrG kennt keinen Globalverweis auf die ZPO, sondern nur einzelne Verweise. Im Verfahren über die Aufteilung des ehelichen Gebrauchsvermögens und der ehelichen Ersparnisse ist mündlich zu verhandeln. Den Parteien ist Gelegenheit zu geben, zu Anträgen und Vorbringen der anderen Parteien Stellung zu nehmen. Die Parteien

NICHT
Übertreiben,
GA Schäfer
befindet sich
in der ersten
Kategorie.

Es ist also
meine Schuld
das Rechtsan-
wältin rief,
ja sogar
strafrechtlich
zu verfolgende
Handlungen
setzen:

Aber Sie denken
ja schon die
Verfahrenskosten.

Und die
Anwaltskammer
genauso.
Eine Krähe
hackt der
anderen kein
Auge aus!

offensichtlich
kann Dr. Peter
Huber nicht
rechnen!
Ein MEHR
von € 200.000
nur im Bezug
des Verhältnisses
Einkommen
auf meiner
Seite, vollständig
keine Ausgleichszahlung
von € 150.000
für ihn.

Hat er kaum,
dafür saten-
weise Be-
hauptungen
ohne Beweise
eingebracht,
die nun alle
die Basis des
Beschlusses sind.

haben vollständig vorzubringen. § 258 ZPO ist nicht anzuwenden. Die Parteien können daher bis zum entscheidungswesentlichen Zeitpunkt Vorbringen erstatten, haben aber das Gericht bei der Gewährleistung einer möglich kurzen Verfahrensdauer zu unterstützen.

? Wieso
denn
Verfristung
von €40.000
in vest

Im vorliegenden Fall hat die Antragstellerin das festgelegte Prozessprogramm „platzen lassen“ und am letzten Tag der Antragsfrist umfangreichstes schriftliches Vorbringen erstattet und zahllosen Urkunden vorgelegt. Selbstverständlich hatte der Antragsgegner das prozessuale Recht, darauf und im Hinblick auf den Umfang schriftlich zu replizieren. Gleiches gilt für den späteren äußerst umfangreichen Schriftsatz der nunmehrigen Antragstellervertreterin. Auch diese Replik war daher notwendig, lediglich der nicht aufgetragene Schriftsatz vom 4.5.2016 war nicht notwendig. Das Vorbringen hätte im früheren Schriftsatz erstattet werden können.

Es war bis
auf Haus +
Tilgungsfrüher
nichts in
die Aufteilung
angebracht
gewesen.
Sicht so ein
Aufteilungs-
verfahren
aus?
Man reduziert
auf möglichst
Nichtes,
damit ja
Kein Anteil
für mich
reuskommt?

Nicht nachvollziehbar ist der weitere Einwand der Antragstellerin, wonach die Teilnahme des Antragsgegnervertreters an der Befundaufnahme nur nach TP 2 zu honorieren sei, weil seine Teilnahme nicht gerichtlich angeordnet worden wäre. Das ist unrichtig. Im Bestellungsbeschluss vom 15.4.2016 ist dem Sachverständigen aufgetragen worden, die Parteienvertreter vom Termin der Befundaufnahme zu verständigen. = heißt nicht dabei sein!

Daraus folgt, dass von den verzeichneten Kosten nur die Kosten des Schriftsatzes vom 4.5.2016 und der nicht verbrauchte Anteil des Kostenvorschusses abzuziehen sind.

Bezirksgericht Korneuburg, Abteilung 1
Korneuburg, 30. März 2017
HR Dr. Peter Huber, Richter